

## Pressemitteilung

Marburg, 07.06.2016

### „Der NSU gehört zu Deutschland“

Fachtag des Demokratiezentrum Hessen beschäftigte sich mit rechtem Terror und (Alltags)Rassismus

(Marburg/Kassel, 07.06.2016) Unter dem Titel „Leerstelle Rassismus – NSU und die Folgen“ erörterten etwa 100 Fachleute bei einer Tagung am 1. Juni in Kassel anlässlich des zehnten Jahrestages der Ermordung des Kasseler Bürgers Halit Yozgat durch den rechtsextremen „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) Strukturen rassistischer Ausgrenzung und Fragen der Integration von Menschen mit Rassismuserfahrung.

Veranstalter der Tagung war das an der Uni Marburg ansässige Demokratiezentrum Hessen im „beratungsNetzwerk hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ in Kooperation mit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) und dem „Mobilen Beratungsteam Hessen“ (MBT) als Regionalstelle Nord-/Osthessen des Beratungsnetzwerks in Kassel.

Im Fall des Mordes an Halit Yozgat im April 2006 blieben die tatsächlichen rassistischen und rechtsextremen Motive lange Zeit unerkannt. Die in diese Richtung geäußerten Vermutungen von Angehörigen spielten in den Ermittlungen wie auch in den Medien und damit in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle. Der Rassismus blieb damit für große Teile der Gesellschaft eine „Leerstelle“. Wie es dazu kommen konnte und welche Lehren sich daraus ableiten lassen, waren die zentralen Fragen, mit denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Fachtag in Kassel in Vorträgen, Workshops und einer Podiumsdiskussion beschäftigten.

In seiner Begrüßung erläuterte der Leiter des Demokratiezentrum Hessen, Dr. Reiner Becker, dass rechtsextremistische Einstellungen vermehrt in der Mitte der Gesellschaft angekommen seien. Die Perspektiven der Betroffenen würden weniger wahrgenommen und oft von der Beschäftigung mit den Tätern überdeckt: „Die Täter des NSU stehen im Rampenlicht, nicht die Opfer.“ Der Anstieg von Gewalt gegenüber Flüchtlingen, Kommunalpolitikern oder Journalisten zeige, dass der Rechtsterrorismus wachse. „Wir müssen sehr aufmerksam sein; in der neuen sozialen Bewegung von rechts steckt sehr viel Kraft“, mahnte Becker. Überspitzt könne man formulieren: „Der NSU gehört zu Deutschland“.

Pröpstin Katrin Wienolf-Hocke (Kassel) sagte in ihrem Grußwort, das Engagement gegen rechts brauche Netzwerke, Prävention, Intervention und Beratung. „Die Wahrnehmung alltäglichen Rassismus' bedarf mehr Aufmerksamkeit“, so die Pröpstin. Die Gesellschaft müsse miteinander deutlich Position beziehen.

Im Eingangsvortrag untersuchte Prof. Dr. Fabian Virchow (Hochschule Düsseldorf) den Zusammenhang von Sprache und Rassismus. Rechte Kampfbegriffe wie „Volkstod“, „Verausländerung“ oder „Überfremdung“ transportierten ein völkisches Weltbild. Auf der anderen Seite würden von Rechtsextremismus Betroffene wie die Angehörigen der NSU-Morde mit dem, was sie sagen, oft nicht ernst genommen oder stigmatisiert.

Nach dem Kurzfilm „Keiner kann garantieren, dass es nicht noch einmal passiert ...“, der dokumentiert, wie Angehörige und Betroffene mit dem NSU-Prozess umgehen, wurden in einer Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Kassel die Folgen des NSU-Mordes am Kasseler Bürger Halit Yozgat erörtert und die Frage diskutiert, wie die Tat die nordhessische Stadt verändert hat. Die zum Teil lebhaft, auch vom Publikum emotional geführte Debatte zeigte klare Kontroversen auf und belegte, wie in Kassel die Frage einer angemessenen und gemeinsamen Aufarbeitung des NSU-Mordes nach wie vor umstritten diskutiert wird.

Am Nachmittag beleuchtete zunächst ein Vortrag die rassistisch geprägten „Rituale der Mitte“, die dazu führen, dass Betroffene nicht gehört oder beachtet werden, bevor in anschließenden Workshops einzelne Aspekte des Themas rund um den Alltagsrassismus aufgegriffen und in Kleingruppen vertieft diskutiert wurden.

(3.661 Zeichen)

Ansprechpartner:

Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum Hessen im  
beratungsNetzwerk hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus  
Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg  
Tel. 06421/28-24 535, Fax: 06421/28-24 577  
E-Mail: [reiner.becker@staff.uni-marburg.de](mailto:reiner.becker@staff.uni-marburg.de)

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Gerolf Nittner (M. A.), Redakteur  
Tel.: 06421/28-23 027  
Fax: 06421/28-24 577  
E-Mail: [gerolf.nittner@staff.uni-marburg.de](mailto:gerolf.nittner@staff.uni-marburg.de)

Kontakt:

beratungsNetzwerk hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus  
Wilhelm-Röpke-Straße 6  
35032 Marburg  
Tel.: 06421/28-21 110  
E-Mail: [kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de](mailto:kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de)  
Internet: <http://www.beratungsnetzwerk-hessen.de>

*Die Teams des „beratungsNetzwerks hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ beraten Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und weitere Personengruppen nach Vorkommnissen mit einem rechtsextremen, antisemitischen oder rassistischen Hintergrund. Das Demokratiezentrum in Marburg fungiert als Geschäftsstelle, die landesweit entsprechende Ansprechpartner vermittelt und die Beratung, Vernetzung und Prävention zu den Themen Rechtsextremismus und Salafismus sowie zur Demokratieförderung in Hessen koordiniert. Die Einrichtung wird vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend im Rahmen des Programms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ sowie vom Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport über das Landesprogramm „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ gefördert.*